PVS 49 (2008) 2:363-377
DOI 10.1007/s11615-008-0104-3

LITERATURBERICHT

PVS Politische Vierteljahresschrift

Autoritäre Tendenzen in formal demokratischen Regimen. Russland und die Ukraine in der vergleichenden Politikwissenschaft

Heiko Pleines

Zusammenfassung: Russland und die Ukraine sind Gegenstand einer intensiven Analyse der Ursachen, Formen und Stabilität autoritärer Tendenzen in formal demokratischen politischen Regimen. In der aktuellen Forschung lassen sich dabei drei Schwerpunkte identifizieren. Dies sind erstens die Analyse des politischen Systems mit der traditionellen Fokussierung auf den legislativen Prozess sowie auf Parteien und Wahlen, zweitens die Auseinandersetzung mit informellen Herrschaftspraktiken und drittens, angeregt durch die *Orange Revolution* in der Ukraine, die Frage nach den Bedingungen der Stabilität autoritärer Regime.

Schlagwörter: Russland · Ukraine · Politische Regime · Autoritäre Tendenzen · Informalität

Abstract: Russia and Ukraine are the object of intensive analyses of the causes, forms and the stability of authoritarian tendencies in formally democratic political regimes. Three main areas of current research can be identified: first, the analysis of political systems with the traditional focus on legislative decision-making, political parties and elections; second, the role of informal politics; and third, in reaction to the "Orange Revolution" in Ukraine, the conditions of the stability of authoritarian regimes.

Keywords: Russia · Ukraine · Political Regimes · Authoritarianism · Informality

1. Einleitung

Die vergleichende Politikwissenschaft gelangt zunehmend wieder zu der Einschätzung, dass ein Land mehr als nur ein Datensatz ist und es deshalb auch fallspezifischer Analysen bedarf, um Theorien über globale Wirkungszusammenhänge zu testen. Die aus dieser Einschätzung resultierende Veränderung vergleichender politikwissenschaftlicher Forschung hat der Präsident der *Organized Section in Comparative Politics of the American Political Science Association,* Peter Hall (2004: 3), beschrieben: „Prevailing views about what it means to give a good explanation of political outcomes are shifting. In-

fluenced by critical realism, many scholars have moved away from the search for a few key causal variables toward the view that explanation consists in identifying the causal processes that lie behind political outcomes."

Während die vergleichende Politikwissenschaft dabei ihre Fälle ausgehend von einer regionenübergreifenden Fragestellung auswählt, konzentriert sich die Regionalforschung, deren Vertreter sich zunehmend mit dem amerikanischen *area studies approach* identifizieren, auf die detaillierte Analyse einer Region. Ihr Interesse ist dabei vorrangig das möglichst vollständige Verständnis des politischen Systems oder der Gesellschaft einer Region.

Diese unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Auswahl des Untersuchungsgegenstandes haben zu einer gewissen Distanz zwischen vergleichender Politikwissenschaft und Regionalforschung geführt. Während Regionalforscher bei vergleichenden Analysen oft eine Ignoranz gegenüber länderspezifischen Einflussfaktoren beklagen, vermissen Autoren vergleichender Studien bei den Arbeiten der Länderspezialisten die Bezugnahme auf allgemeine politikwissenschaftliche Konzepte und Theorien.

Die Distanz zwischen vergleichender Politikwissenschaft und Regionalforschung scheint dabei aber mehr ein Kommunikationsproblem als eine grundlegende Ablehnung der jeweils anderen Herangehensweise zu sein, wie etwa die Beiträge zum „Symposium Universal vs. Middle-Range Theory" zeigen (Symposium 2006). Dort, wo sich Erkenntnisinteressen auf dieselben empirischen Phänomene beziehen, entstehen durchaus fruchtbare Debatten. Russland und die Ukraine sind in diesem Kontext Gegenstand einer intensiven Analyse der Ursachen, Formen und Stabilität autoritärer Tendenzen in einem formal demokratischen politischen System. Insofern könnte das Einbeziehen beider Länder in einen interregionalen Vergleich nicht nur die Regionalforschung an allgemeine Fragestellungen der vergleichenden Politikwissenschaft anschlussfähig machen, sondern auch die Grundlagenforschung zur Institutionenbildung bereichern.

Dabei ergeben sich, auch in der chronologischen Nachzeichnung aufeinander folgender Forschungstrends, drei Schwerpunkte. Dies sind erstens die Analyse des politischen Systems mit der traditionellen Fokussierung auf den legislativen Prozess sowie auf Parteien und Wahlen, zweitens die Auseinandersetzung mit informellen Herrschaftspraktiken und drittens, angeregt durch die *Orange Revolution* in der Ukraine, die Frage nach der Stabilität autoritärer Regime.

2. Analyse der politischen Systeme: Von der demokratischen Konsolidierung zur defekten Demokratie

Während Anfang der 1990er Jahre die post-sozialistischen Staaten vornehmlich unter dem Paradigma der demokratischen Transformation und Konsolidierung analysiert wurden, zeigte sich spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, dass sich sowohl auf dem Balkan als auch in der GUS[1] in vielen Staaten autoritäre Tendenzen verfestigten.

1 Als Regionalbezeichnung umfasst die GUS die Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme des Baltikums, obwohl nicht immer alle 12 Staaten formal Mitglied der GUS waren.

Es entstand so eine Vielzahl von Analysen, in denen untersucht wurde, in welcher Form und in welchem Ausmaß bestimmte Teile des politischen Systems von demokratischen Normen abweichen. Der Bezug auf demokratische Normen als Analysemaßstab konnte dabei auch durch die Existenz demokratischer Verfassungen in den jeweiligen Untersuchungsländern gerechtfertigt werden. Eine systematische Kategorisierung hierfür entwickelten Merkel et al. (2003, 2006) mit dem Konzept der defekten Demokratie. Erfasst werden darin die vier Bereiche Wahlregime (politische Teilhaberechte), bürgerliche Freiheitsrechte, Gewaltenkontrolle und effektive Regierungsgewalt.

Insbesondere für Russland beziehen sich etliche, vor allem deutschsprachige Autoren explizit auf das Konzept der defekten Demokratie. Alternativ wird bei der Analyse postsozialistischer politischer Systeme häufig auf Konzepte wie delegative Demokratie oder hybride Systeme oder auch auf allgemeine Demokratietheorien Bezug genommen. Einen Überblick gibt für den russischen Fall Gel'man (2003a).

Unabhängig von ihren selbst gewählten Terminologien gibt es eine Vielzahl von empirischen Studien, die für Russland und auch für die Ukraine Teilbereiche des politischen Systems untersuchen und „demokratische Defekte" konstatieren. Neuere Arbeiten konzentrieren sich für Russland auf die Amtszeit von Präsident Wladimir Putin (seit 2000) und für die Ukraine auf die Amtszeit von Präsident Leonid Kutschma (1994-2004).

Eine zentrale Ursache für autoritäre Tendenzen wird in der verfassungsgemäß starken Stellung des Präsidenten gesehen, die ihn im semipräsidentiellen System gegenüber dem Ministerpräsidenten nicht nur zum Leiter der Exekutive macht, sondern ihm insbesondere in Russland auch erhebliche Handlungsspielräume gegenüber dem Parlament einräumt (D'Anieri 2003; Fish 2001; Ishiyama/Kennedy 2001; Luchterhandt 2002; Morgan-Jones/Schleiter 2004; Pigenko 2002; Protsyk 2003, 2004; Remington 2001; Shevchenko 2005). Der Machtkampf zwischen Präsident und parlamentarischer Opposition prägte so das politische Geschehen in beiden Ländern. Während der russische Präsident Boris Jelzin in den 1990er Jahren im Gesetzgebungsverfahren das Parlament häufig durch Präsidialerlasse umging, versuchte Kutschma sich eine Mehrheit im ukrainischen Parlament durch einflussreiche Unternehmer kaufen zu lassen. Putin hingegen gelang es, eine stabile pro-präsidentielle Mehrheit im Parlament zu schaffen, sodass ein zentrales Element der demokratischen Gewaltenteilung in Russland de facto funktionsunfähig wurde. Im Gegensatz dazu ist das Parlament in der Ukraine mit der Verfassungsreform von 2004 zum zentralen politischen Akteur geworden.

Das Gegenstück zur Stärke des Präsidenten ist aber nicht nur die Schwäche des Parlaments, sondern in noch viel größerem Maße die Schwäche des Parteiensystems, die einerseits politische Partizipation erschwert und andererseits zur regierungsgesteuerten Gründung von „Parteien der Macht" führt (Golosov 2006; Hale 2006a; Hutcheson/Korostelev 2006; Ju 2005; Knox et al. 2006; Meleshevich 2007; Oversloot/Verheul 2006; Wilson 2006). Typische Beispiele für die Versuche, das Parteiensystem von oben zu gestalten, sind zum einen regelmäßige Reformen des Wahlrechts[2] und zum anderen der

2 Dementsprechend kommt auch der systematischen Auswertung von Wahlergebnissen im Hinblick auf die Effekte von Wahlsystemen Bedeutung zu. Zusätzlich konzentriert sich die Wahlforschung auf die Analyse regionaler Differenzen im Wahlverhalten (Clem 2006; Clem/Craumer 2004; Gel'man 2005b; Harasymiw 2005; Herron 2004; Hesli 2006, 2007; Marsh et al. 2004; O'Loughlin 2001).

Versuch, oppositionelle Parteien zu spalten. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine wurden so z. B. die Bauernparteien als Vertreter der konservativen Agrarlobby durch die gezielte Gründung rivalisierender, dem Präsidenten nahe stehender Agrarparteien geschwächt. Auch Protestparteien wie etwa die russische LDPR[3] sehen sich aufgrund ihres regierungstreuen Abstimmungsverhaltens im Parlament dem Verdacht ausgesetzt, von der Exekutive gesteuerten Wählerfang im Oppositionslager zu betreiben.

Die Einflussmöglichkeiten des Präsidenten sowie die Schwäche von Parteien und damit von Fraktionen prägen die Analysen des legislativen Prozesses in beiden Ländern (Bos et al. 2003; Chaisty 2005, 2006; Haspel et al. 2006; Herron 2002; Protsyk/Wilson 2003; Whitmore 2004). Ein zentraler Untersuchungsgegenstand ist dabei die Fraktionsdisziplin bzw. die Stabilität von Fraktionen. In der Ukraine etwa hat in jeder der drei vollständigen Legislaturperioden seit 1994 über die Hälfte der Abgeordneten die Fraktion gewechselt. Erst mit der Ansetzung von Parlamentsneuwahlen durch den Präsidenten in Reaktion auf mittlerweile verbotene Fraktionswechsel im Frühjahr 2006 könnte diese Praxis zu einem Ende kommen.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Einflussmöglichkeiten eines starken Präsidenten wird die staatliche Manipulation der Massenmedien thematisiert, insbesondere im Kontext von Wahlkämpfen (Dewhirst 2002; Dyczok 2006; Gladkov 2002; Koltsova 2006; Nikolayenko 2004; Nußberger/Schmidt 2005; Zasurskii 2002). Während Jelzin in Russland und Kutschma in der Ukraine vor allem indirekten Einfluss auf die Massenmedien hatten, indem sie mit Medienmogulen kooperierten, gelang es Putin in Russland bereits in seiner ersten Amtszeit (2000–2004) alle landesweit relevanten Massenmedien unter die Kontrolle der Exekutive zu bringen, wobei oppositionelle Medien teilweise von staatlich dominierten Unternehmen wie Gazprom übernommen wurden.

Unter dem Aspekt der autoritären Tendenzen wird zunehmend auch die Frage der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen analysiert. Für beide Länder sind sowohl zentralstaatliche Kontrollansprüche als auch demokratische Defekte auf der regionalen Ebene problematisiert worden (Agranoff 2004; Barrington/Herron 2004; Chebankova 2005; Gel'man 2003b; Hutcheson 2003; Matsuzato 2001, 2004; Moraski 2006; Ross 2003a; Sharafutdinova 2007; Zimmer 2005a, 2006). Hinzu kommt im russischen Fall die Einschränkung der von der Verfassung vorgegebenen föderalen Ordnung unter Präsident Putin (Chebankova 2006; Engelking 2006; Goode 2007; Hahn 2003; Hyde 2001; Orttung/Reddaway 2002; Ross 2003b; Soederlund 2005; Wiest 2003). Im Ergebnis zeigt sich für Russland, dass regionale Akteure nicht nur im nationalen politischen System neutralisiert werden, sondern dass sowohl die nationalen Akteure als auch die Mehrheit der regionalen Akteure Demokratisierungsprozesse auf der regionalen Ebene eher behindern.

In diesem Zusammenhang sind auch die Profile der politischen Eliten für Russland (nicht jedoch für die Ukraine) intensiv untersucht worden. Während für die Amtszeit

3 Die „Liberal-Demokratische Partei Russlands" (LDPR), die seit ihrer Gründung von Wladimir Shirinowskij geleitet wird, ist seit 1993 in jedem russischen Parlament vertreten gewesen. Ihre Wahlkämpfe sind geprägt von regierungskritischen, national-populistischen Positionen. Bei umstrittenen Parlamentsabstimmungen hat sie jedoch regelmäßig mit dem Regierungslager gestimmt.

Jelzins ein zentrales Forschungsinteresse die biografische Verwurzelung der politischen Eliten im sozialistischen System – mit entsprechenden Implikationen für die demokratische Konsolidierung – war (Kryshtanovskaya/White 1996; Lane/Ross 1999; Steen/Gel'man 2003), wird für die Amtszeit Putins zunehmend auf biografische Bezüge zu Militär oder Geheimdienst (im Russischen: „Siloviki") und deren autoritäre Orientierung geachtet (Bacon et al. 2006; Kryschtanowskaja 2004; Mommsen 2005; Renz 2006; Treisman 2007).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es zu den politischen Systemen in Russland und der Ukraine eine Vielzahl von Fallstudien gibt, die auch die methodische Breite der Regionalforschung demonstrieren, die von Verfassungs- und Textanalysen über Interviews und Diskursanalysen bis zur quantitativen Auswertung von Abstimmungsverhalten oder Fraktionswechseln reicht. Systematisch vergleichende Studien sind jedoch bislang noch die Ausnahme geblieben (Beichelt 2001; Lewis 2000; Merkel et al. 2003, 2006; Pleines 2008; Rüb 2001). In der Mehrzahl der Fälle stehen Länderstudien mehr oder weniger unverbunden in Sammelbänden nebeneinander, wobei allerdings die Einzelstudien oft durchaus auf hohem Niveau sind (Bos/Helmerich 2006; Bozóki/Ishiyama 2002; Curry/Urban 2003; Höhmann/Pleines 2003; Kraatz/Steinsdorff 2002; Luchterhandt 2002).

3. Informalität als zentraler Erklärungsfaktor

Die Bezugnahme auf an demokratietheoretischen Fragestellungen orientierte Konzepte bei der Analyse des politischen Systems insbesondere Russlands ist in den letzten Jahren zunehmend als wirklichkeitsfern kritisiert worden. Dabei wird zum einen argumentiert, dass die Konzentration auf den formalen politischen Entscheidungsfindungsprozess den Blick für die Bedeutung informeller Prozesse verstelle. Zum anderen wird kritisiert, dass sich durch den Bezug auf Kategorien demokratischer Systeme im Wesentlichen eine negative Definition der politischen Systeme von Ländern wie Russland oder der Ukraine ergebe, die nur Defekte aufzeige, statt die tatsächliche Funktionsweise zu erfassen.

Bereits Ende der 1990er Jahre entwickelte Hellman (Hellman1998; Hellman/Schankerman 2000) in Reaktion auf diese Kritik das Konzept der *state capture,* das – allerdings nur für den Bereich der Wirtschaftspolitik post-sozialistischer Länder – informelle Prozesse der politischen Entscheidungsfindung erfasst und ohne Bezugnahme auf demokratietheoretische Konzepte systematisiert. Ein umfassendes Konzept der Analyse politischer Prozesse in formal demokratischen politischen Systemen mit ausgeprägten autoritären Elementen lieferten dann unter dem Schlagwort *competitive authoritarianism* Levitsky und Way (Levitsky/Way 2002; Way 2004).

Im Gegensatz zu bis dahin üblichen Ansätzen fokussieren sie nicht auf die demokratischen Defekte, sondern betonen vielmehr, dass demokratische Wahlen trotz aller staatlichen Manipulationen in Russland unter Putin oder in der Ukraine unter Kutschma immer noch genuine Unsicherheit unter den politischen Eliten erzeugen. Im Ergebnis entstehe innerhalb der politischen Eliten ein Machtkampf um für Wahlkämpfe wichtige Ressourcen (Medienkontrolle, Finanzmittel, Parteiorganisation). Die Regeln des for-

mellen politischen Systems würden dabei häufig umgangen oder manipuliert. Im Ergebnis kommt informellen Strategien der politischen Einflussnahme erhebliche Bedeutung zu.

Obwohl es eine Vielzahl von Definitionen gibt, ist der Kern dessen, was in der vergleichenden Politikwissenschaft unter informellen Institutionen (im Sinne von Regeln) verstanden wird, weitgehend unumstritten und wird von Helmke und Levitsky in einer recht präzisen Abgrenzung definiert als „socially shared rules, usually unwritten, that are created, communicated, and enforced outside of officially sanctioned channels". Die möglichen Beziehungen zwischen informellen und formellen Institutionen systematisieren sie in Anlehnung an Lauth als „complementary, accommodating, competing, and substitutive" (Helmke/Levitsky 2004, 726-727).

Häufig ohne expliziten Bezug auf diese Terminologie wurde in der Regionalforschung zu Russland und zur Ukraine bereits seit Mitte der 1990er Jahre die Auffassung vertreten, dass zum Verständnis der politischen Systeme der beiden Länder eine Konzentration auf die in der Verfassung vorgesehenen politischen Entscheidungsträger und Entscheidungsfindungsprozesse eher irreführend als erklärend sei. Die Analyse der politischen Rolle der „Oligarchen" wurde zum ersten Kristallisationspunkt dieser Auffassung. Sowohl in der zweiten Amtszeit des russischen Präsidenten Boris Jelzin (1996-1999) als auch in der zweiten Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma (2000-2004) galten Oligarchen als zentrale politische Akteure (Fortescue 2006; Harter et al. 2003; Kowall 2006; Pleines 2003; Schröder 2000). Sie förderten Politiker über Wahlkampffinanzierung und über die Kontrolle der Massenmedien. Im Gegenzug übernahmen sie teilweise politische Ämter und verlangten insbesondere in der Wirtschaftspolitik eine Vorzugsbehandlung ihrer unternehmerischen Interessen, die beispielsweise die Privatisierung und die Steuerpolitik betrafen.

Jelzins Nachfolger Wladimir Putin verfolgte dann jedoch eine systematische Strategie zur Verdrängung der Oligarchen aus der Politik. Die Massenmedien im Besitz der Oligarchen wurden unter staatliche Kontrolle gebracht, und gegen führende Oligarchen wurden Haftbefehle erlassen. Spätestens mit der Yukos-Affäre, in deren Verlauf von 2003 bis 2007 ein führender Oligarch, nämlich Michail Chodorkovskij, zu langjähriger Haft verurteilt und der größte russische Erdölkonzern durch den Staat zerschlagen wurde, wurde offensichtlich, dass Oligarchen keine relevanten politischen Akteure mehr sind (Fortescue 2006; Gudkov/Dubin 2005; Hanson/Teague 2005; Kusznir 2005; Luchterhandt 2005; Nußberger/Marenkov 2005; Schröder 2002; Stykow 2006; Yakovlev 2006).

Kutschmas Nachfolger Wiktor Juschtschenko ging in der Ukraine deutlich weniger drastisch gegen die Oligarchen vor, obwohl er mit dem auf die Oligarchen bezogenen Slogan „Banditen ins Gefängnis" seinen Vorgänger im Zuge der *Orange Revolution* ausgestochen hatte und so an die Macht gekommen war (Kusznir/Pleines 2006; Puglisi 2008).

Während die Bedeutung der Oligarchen für die nationale Politik sehr intensiv analysiert wurde, sind für beide Länder empirische Studien zur Rolle der Oligarchen auf der regionalen Ebene die Ausnahme geblieben, obwohl für die Ukraine eine regionale „Clanbildung" (i. S. von Klientelbeziehungen) diagnostiziert wird und insbesondere Russland gute Möglichkeiten für interregional vergleichende Analysen bietet. Einen

hervorragenden Beleg für die Fruchtbarkeit einer regionalen Perspektive liefern für die Ukraine Zimmer (2006) und für Russland Kusznir (2007) mit jeweils empirisch sehr gut fundierten Dissertationen. Eine methodisch interessante Analyse von *rent-seeking* bieten Slinko et al. (2005) mit einer quantitativen Auswertung regionaler russischer Rechtsakte zur Subventionsgewährung gegenüber konkreten Unternehmen.

Ein zweiter Schwerpunkt der Analyse informeller Politik in Russland und der Ukraine wurden Wahlkampfmanipulationen vor allem über staatliche Behinderungen von Oppositionsparteien, die Verwendung staatlicher Ressourcen für regierungsnahe Parteien, die Gründung von pseudo-oppositionellen Parteien oder die gezielte Verleumdung unliebsamer Kandidaten (Bos 2006; Darden 2001; Gel'man 2005a; Hale 2006a; Ledeneva 2006; Myagkov et al. 2005; Popova 2006; Wilson 2005; Zimmer 2005b).

Während viele Studien zu den Oligarchen (exemplarisch Fortescue 2006) und zu informellen politischen Herrschaftspraktiken (Ledeneva 2006; Wilson 2005) weitgehend deskriptiv blieben, versuchten breiter angelegte Untersuchungen (siehe etwa Pleines 2008; Stykow 2006) ein systematisches, an Kategorien der vergleichenden Politikwissenschaft orientiertes Analyseraster zu entwickeln, das allerdings die Analyse von Informalität nicht explizit in den Mittelpunkt stellt.

Den ersten Versuch einer systematischen vergleichenden Analyse von informeller Politik unter Einbeziehung von Russland und der Ukraine unternimmt Meyer (2006). Für den Zeitraum von 1989 bis 2005 will er für vier post-sozialistische Länder das Zusammenspiel von formellen Institutionen und informeller Politik erfassen. Polen und Ungarn stehen dabei für die mittelosteuropäischen Staaten „mit grundsätzlich demokratischen Systemen" und EU-Mitgliedschaft; Russland und die Ukraine stehen für Staaten „mit recht autoritären Strukturen" (Meyer 2006: 9). In den breit angelegten Länderanalysen, die jeweils von Regionalexperten verfasst wurden, werden die Interaktionen zwischen den politischen Eliten, die Personalisierung von Politik und die Entwicklung von politischer Legitimität untersucht. Im Ergebnis zeigt der Band zum einen die Vielfalt der Formen informeller Politik und zum anderen die grundlegenden Unterschiede in der Wirkung informeller Politik auf die formelle politische Ordnung.

Dieses Resultat verdeutlicht gleichzeitig, warum das Konzept der Informalität vor allem in der Regionalforschung aufgegriffen wurde. Es bietet einen passenden heuristischen Rahmen für die Analyse formal demokratischer Regime mit autoritären Tendenzen, die informell durchgesetzt werden.

Da die so erfassten Phänomene aber zwischen verschiedenen Regionen stark divergieren, beziehen sich die meisten vergleichenden Arbeiten auf eine Region. Dies soll nicht heißen, dass eine regionale Ausweitung entsprechender Arbeiten, wie sie etwa von Lauth und Liebert (1999) oder Helmke und Levitsky (2006) präsentiert werden, nicht möglich wäre. Dieser Weg wird aber derzeit in der vergleichenden Politikwissenschaft nur sehr begrenzt verfolgt, was auch mit den besonderen Schwierigkeiten der empirischen Datenerhebung zu tun haben dürfte.

4. „Bunte Revolution“ und die Stabilität autoritärer Regime

Breites Forschungsinteresse jenseits der Regionalforschung erhielt die GUS stattdessen durch die sogenannten „bunten Revolutionen“. Der Ausdruck bezeichnet einen massenhaften, intendiert gewaltlosen Protest gegen autoritäre Tendenzen in einem formal demokratischen System, wie sie sich in der Manipulation von Wahlen manifestieren. Alle bunten Revolutionen begannen so mit Protesten der politischen Opposition gegen ein als gefälscht wahrgenommenes Wahlergebnis. Die Opposition, die häufig von Studentenbewegungen maßgeblich mitgestaltet wurde, benutzte dabei zum einen Elemente der Populärkultur (etwa über die Einbindung von Popmusikern, aber auch über die Produktion eigener Slogans und Videoclips) und setzte zum anderen (auch zur Umgehung staatlich kontrollierter Massenmedien) auf moderne Kommunikationsformen, insbesondere auf Internet und Mobilfunk.

Zumindest in ihrem kurzfristigen Ziel des Machtwechsels erfolgreich waren die Proteste in Serbien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgistan (2005). Weitere Proteste im post-sowjetischen Raum, wie etwa in Aserbaidschan (2005) und Belarus (2006), blieben hingegen erfolglos. Explizite Verbindungen zu ähnlichen Protesten außerhalb der Region, etwa im Libanon (2005), in Äthiopien (2005), in Mexiko (2006), in Venezuela (zuletzt 2007), in Malaysia (2007) oder in Kenia (2007/08), wurden nicht gezogen.

Mit den bunten Revolutionen, die sowohl von ihren zentralen Akteuren als auch von vielen Wissenschaftlern als Demokratisierungsbewegungen interpretiert wurden, geriet vor allem die Ukraine wieder in den Fokus der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung zu demokratischer Konsolidierung und Regimetypen.

Erstes Ergebnis des neuen wissenschaftlichen Interesses war eine Fülle von eher deskriptiven, von Regionalspezialisten verfassten Analysen der ukrainischen *Orange Revolution* bzw. einiger charakteristischer Elemente, wie etwa der intendierten Gewaltfreiheit, der Nutzung moderner Kommunikationsformen oder der Rolle der Jugendbewegungen (Binnendijk/Marovic 2006; Hesli 2006; Klid 2007; Kuzio 2005, 2006; Kyj 2006; McFaul/Aslund 2006; Wilson 2006; Yatsunska 2006). Hinzu kamen etwas später Analysen der Vorgeschichte und der Ursachen, wobei die Regionalspezialisten die *Orange Revolution* im Wesentlichen im ukrainischen Kontext zu erklären versuchten und dabei vor allem auf die Entwicklung der ukrainischen Oppositionsbewegung seit 2000 (Kuzio 2007; Strasser 2006) oder auf die regionale Spaltung des Landes, die als Ausdruck unterschiedlicher politischer Kulturen interpretiert wird (Arel 2006; Osipian/Osipian 2006; Yatsunska 2006), Bezug nahmen.

In etlichen Arbeiten aus der Regionalforschung zeigt sich dabei eine unterschwellige Sympathie für die Protestbewegung mit ihren demokratischen Zielen und ihren unkonventionellen Protestformen. Diese Sympathie verstellte vor allem bei den ersten Studien teilweise den Blick für die Schwächen der Oppositionsbewegung. Zum einen konnte die Opposition zwar kurzfristig massenhaft mobilisieren, aber nicht längerfristig organisieren. Zum anderen wurden auch inhaltliche Divergenzen bei den zentralen Akteuren der Proteste in vielen Analysen ignoriert. Ebenfalls übergangen wurde oft die Tatsache, dass die beiden führenden Politiker der orangenen Opposition, Viktor Juschtschenko und

Julia Timoschenko, noch einige Jahre vorher als Ministerpräsident und stellvertretende Ministerpräsidentin selber Teil der alten politischen Elite gewesen waren.

Für die vergleichende politikwissenschaftliche Forschung ergiebiger wurde zum einen die Frage nach den Wirkungsmustern und möglichen Interdependenzen zwischen den bunten Revolutionen (Beissinger 2007; Bunce/Wolchik 2006; Fawn 2006; Kuzio 2006; Nikolayenko 2007; Tucker 2007) und zum anderen die Frage nach den Bedingungen für die Stabilität bzw. Instabilität autoritärer Regime (D'Anieri 2006; Hale 2006b; Way/Levitsky 2006).

Während Vertreter der ersten Richtung aufgrund der geringen Zahl der erfolgreichen Revolutionen und nur anekdotischer empirischer Belege für tatsächliche internationale Kooperationen zwischen den Oppositionsbewegungen Probleme haben, konkrete Wirkungsmechanismen überzeugend zu belegen, hat die zweite Richtung durch ihren breiteren Ansatz das Potenzial, wesentliche Beiträge zum Verständnis formal demokratisch organisierter Regime mit autoritären Elementen zu leisten. Dadurch, dass er nicht von den normativen Vorgaben der früheren Demokratisierungsforschung oder den postulierten Idealen der bunten Revolutionen her denkt, ermöglicht dieser Ansatz eine Erfassung der tatsächlichen politischen Prozesse und Machtverteilung und kann so die Stabilität der politischen Systeme besser einschätzen.

Hale (2006b) etwa argumentiert, dass die bunten Revolutionen weniger durch die Stärke der Proteste als vielmehr durch die Schwäche der jeweiligen Amtsinhaber zu erklären seien. Diese Schwäche ist direkt mit der Bedeutung von demokratischen Wahlen verbunden, wie sie Levitsky und Way (Levitsky/Way 2002; Way 2004) in ihrem oben vorgestellten Konzept des *competitive authoritarianism* erfasst haben. In Fällen, in denen die aus den Wahlen resultierende Machtverteilung vorher nicht absehbar ist, hat die Opposition eine Chance, durch Massenproteste die herrschende politische Elite zu spalten. In Fällen, in denen der amtierende Präsident als entscheidender Faktor bei der Bestimmung des Nachfolgers gesehen wird, wie etwa in Russland, haben Massenproteste und Opposition keine Chance.

Zentraler Aspekt für die Stabilität formal demokratischer Systeme mit autoritären Tendenzen ist damit die Machtverteilung zwischen den relevanten politischen und wirtschaftlichen Eliten. Wenn die bunten Revolutionen, wie etwa in Georgien und Kirgistan, nur zur Auswechslung der herrschenden Elitengruppe führen, bleiben die autoritären Elemente erhalten. Eine Demokratisierung ist hingegen möglich, wenn rivalisierende Elitengruppen sich auf die Machtverteilung einigen müssen und damit die autoritären Tendenzen der jeweiligen Gegenseite zu neutralisieren versuchen, wie dies in der Ukraine der Fall ist. In dieser Perspektive werden Demokratien nicht von Demokraten und nicht durch formale Verfassungsordnungen geschaffen, sondern von Konfliktparteien, die gezwungen sind, die Macht zu teilen und die dafür eindeutige Regeln und Kontrollmechanismen entwickeln, um eine Pattsituation zu überwinden. Die Modelle von Hale und Levitsky und Way sind in diesem Sinne mit Theorien sowohl einer aktuell vergleichenden als auch einer historisch angelegten Demokratisierungsforschung kompatibel.

5. Fazit

Die Regionalforschung produziert international zu Russland und auch zur Ukraine eine Vielzahl von Einzelfallstudien, die eine breite Themenpalette empirisch fundiert auch interdisziplinär abdecken.[4] Die Regionalforschung leidet jedoch teilweise an einer mangelnden methodischen und vor allem theoretischen Rückbindung an die allgemeine Politikwissenschaft, die auch durch den Sonderstatus der sozialistischen Systeme zu erklären ist, der sowohl bei der empirischen Datenerhebung als auch bei der theoretischen Einordnung lange Zeit eine Bezugnahme auf allgemeine Ansätze erschwerte.

Eine breite, längerfristig fruchtbare Kooperation zwischen vergleichender Politikwissenschaft und auf Russland und die Ukraine bezogener Regionalforschung hat sich vor allem bei der Analyse der autoritären Tendenzen in diesen Staaten ergeben. Während die ursprünglich von der vergleichenden Politikwissenschaft vorgenommene einfache Übertragung von Demokratisierungstheorien auf die Region mittlerweile als nur begrenzt hilfreich angesehen wird, können neue Ansätze zu autoritären Tendenzen in formal demokratischen Systemen zum einen die Analyse formeller und informeller Elemente sinnvoll kombinieren und zum anderen einen analytischen Rahmen für überregionale Vergleiche schaffen.

Literatur

Agranoff, Robert, 2004: Autonomy, Devolution and Intergovernmental Relations, in: Regional & Federal Studies 14, 26-65.

Arel, Dominique, 2006: The Orange Revolution's Hidden Face: Ukraine and the Denial of its Regional Problem, in: Revue d'études comparatives EST-OUEST 37, 11-48.

Bacon, Edwin/Renz, Bettina/Cooper, Julian, 2006: Securitising Russia: The Domestic Politics of Vladimir Putin. Manchester: Manchester University Press.

Barrington, Lowell W./Herron, Erik S., 2004: One Ukraine or Many? Regionalism in Ukraine and its Political Consequences, in: Nationalities Papers 32, 53-86.

Beichelt, Timm, 2001: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa: die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske + Budrich.

Beissinger, Mark R., 2007: Structure and Example in Modular Political Phenomena. The Diffusion of Bulldozer/Rose/Orange/Tulip Revolutions, in: Perspectives on Politics 5, 259-276.

Binnendijk, Anika Locke/Marovic, Ivan, 2006: Power and Persuasion: Nonviolent Strategies to Influence State Security Forces in Serbia (2000) and Ukraine (2004), in: Communist and Post-Communist Studies 39, 411-429.

Bos, Ellen, 2006: Leonid Kutschma. „Spieler" mit demokratischen Institutionen, in: *Bos, Ellen/Helmerich, Antje* (Hrsg.), Zwischen Diktatur und Demokratie: Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa. Berlin: LIT Verlag, 79-116.

4 Einen Überblick geben die elektronischen Bibliografien des *Koszalin Institute of Comparative European Studies* (http://www.kices.org/publication_0E.php) sowie für die deutsche Forschung der sozialwissenschaftliche Fachinformationsdienst Osteuropaforschung der GESIS (http://www.gesis.org/Information/soFid/index.htm). Die Stärke der deutschen Osteuropaforschung zeigt sich etwa auch darin, dass die Zeitschrift OSTEUROPA nach dem ISI Journal Citation Report zu den führenden deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Zeitschriften gehört.

Bos, Ellen/Helmerich, Antje (Hrsg.), 2006: Zwischen Diktatur und Demokratie: Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa. Berlin: LIT Verlag.

Bos, Ellen/Mommsen, Margareta/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.), 2003: Das russische Parlament. Schule der Demokratie? Opladen: Leske + Budrich.

Bozóki András/Ishiyama, John T. (Hrsg.), 2002: The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe. Armonk: M.E. Sharpe.

Bunce, Valerie J./Wolchik, Sharon L., 2006: International Diffusion and Postcommunist electoral revolutions, in: Communist and Post-Communist Studies 39, 283-304,.

Chaisty, Paul, 2005: Party Cohesion and Policy-making in Russia, in: Party Politics 11, 299-318.

Chaisty, Paul, 2006: Legislative Politics and Economic Power in Russia. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Chebankova, Elena, 2005: The Limitations of Central Authority in the Regions and the Implications for the Evolution of Russia's Federal System, in: Europe-Asia Studies 57, 933-949.

Chebankova, Elena, 2006: The Unintended Consequences of Gubernatorial Appointments in Russia, 2005-6, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 22, 457-484.

Clem, Ralph S., 2006: Russia's Electoral Geography: A Review, in: Eurasian Geography and Economics 47, 381-407.

Clem, Ralph S./Craumer, Peter R., 2004: Redrawing the Political Map of Russia: The Duma Election of December 2003, in: Eurasian Geography and Economics 45, 241-262.

Curry, Jane Leftwich/Urban, Joan Barth (Hrsg.), 2003: The Left Transformed in Post-communist Societies: the Cases of East-Central Europe, Russia, and Ukraine. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

D'Anieri, Paul, 2003: Leonid Kuchma and the Personalization of the Ukrainian Presidency, in: Problems of Post-Communism 50, 58-65.

D'Anieri, Paul, 2006: Explaining the Success and Failure of Post-communist Revolutions, in: Communist and Post-Communist Studies 39, 331-350.

Darden, Keith, 2001: Blackmail as a Tool of State Domination. Ukraine under Kuchma, in: East European Constitutional Review 10, 67-71.

Dewhirst, Martin, 2002: Censorship in Russia, 1991 and 2001, in: The Journal of Communist Studies & Transition Politics 18, 21-43.

Dyczok, Marta, 2006: Was Kuchma's Censorship Effective? Mass Media in Ukraine before 2004, in: Europe-Asia Studies 58, 215-238.

Engelking, Olga, 2006: Reformbestrebungen und Entwicklungsrichtung des russischen Föderalismus, in: Osteuropa Recht 52, 295-319.

Fawn, Rick, 2006: Battle over the Box: International Election Observation Missions, Political Competition and Retrenchment in the Post-Soviet Space, in: International Affairs 82, 1133-1153.

Fish, Steven M., 2001: When More is Less. Superexecutive Power and Political Underdevelopment in Russia, in: *Bonnell, Victoria E./Breslauer, George W*. (Hrsg.), Russia in the New Century. Boulder, 15-34.

Fortescue, Stephen, 2006: Russia's Oil Barons and Metal Magnates. Oligarchs and the State in Transition. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Gel'man, Vladimir, 2003a: Post-Soviet Transitions and Democratization: Towards Theory-Building, in: Democratization 10, 87-104.

Gel'man, Vladimir (Hrsg.), 2003b: Making and Breaking Democratic Transitions. The Comparative Politics of Russia's Regions. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Gel'man, Vladimir, 2005a: Wahlen à la russe. Formale Normsetzung und informelle Methoden, in: Osteuropa 55, 85-98.

Gel'man, Vladimir (Hrsg.), 2005b: The 1999–2000 National Elections in Russia : Analyses, Documents and Data. Berlin: Edition Sigma.

Gladkov, Sabine, 2002: Macht und Ohnmacht der „Vierten Gewalt". Die Rolle der Massenmedien im russischen Transformationsprozess. Münster: LIT Verlag.

Golosov, Grigorii V., 2006: The Structure of Party Alternatives and Voter Choice in Russia: Evidence from the 2003–2004 Regional Legislative Elections, in: Party Politics 12, 707-725.

Goode, J. Paul, 2007: The Puzzle of Putin's Gubernatorial Appointments, in: Europe-Asia Studies 59, 365-399.

Gudkov, Lev/Dubin, Boris, 2005: Der Oligarch als Volksfeind. Der Nutzen des Falls Chodorkovskij für das Putin-Regime, in: Osteuropa 55, 52-75.

Hahn, Gordon M., 2003: The Impact of Putin's Federative Reforms on Democratization in Russia, in: Post-Soviet Affairs 19,114-153.

Hale, Henry E., 2006a: Why not Parties in Russia. Democracy, Federalism and the State, Cambridge: Cambridge University Press.

Hale, Henry E., 2006b: Democracy or Autocracy on the March? The Colored Revolutions as Normal Dynamics of Patronal Presidentialism, in: Communist and Post-Communist Studies 39, 305-329.

Hall, Peter, 2004: Beyond the Comparative Method, in: APSA-CP Newsletter 15.2, 1-4.

Hanson, Philip/Teague, Elizabeth, 2005: Big Business and the State in Russia, in: Europe-Asia Studies 57, 657-680.

Harasymiw, Bohdan, 2005: Elections in Post-communist Ukraine, in: Canadian Slavonic Papers 47, 191-239.

Harter, Stefanie/Grävingholt, Jörn/Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning, 2003: Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001. Bremen: Edition Temmen.

Haspel, Moshe/Remington, Thomas F./Smith, Steven S., 2006: Lawmaking and Decree Making in the Russian Federation: Time, Space, and Rules in Russian National Policymaking, in: Post-Soviet Affairs 22, 249-275.

Hellman, Joel S., 1998: Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transition, in: World Politics 50.2, 203-234.

Hellman, Joel S./Schankerman, Mark, 2000: Intervention, Corruption and State Capture. The Nexus Between Enterprises and the State, in: Economics of Transition 8, 545-567.

Helmke, Gretchen/Levitsky, Steven, 2004: Informal Institutions and Comparative Politics. A Research Agenda, in: Perspectives on Politics 2, 725-740.

Helmke, Gretchen/Levitsky, Steven (Hrsg.), 2006: Informal Institutions and Democracy: Lessons from Latin America. Baltimore: John Hopkins University Press.

Herron, Erik S., 2002: Causes and Consequences of Fluid Faction Membership in Ukraine, in: Europe-Asia Studies 54, 625-640.

Herron, Erik S., 2004: Political Actors, Preferences and Election Rule Re-design in Russia and Ukraine, in: Democratization 11, 41-59.

Hesli, Vicki L., 2006: The Orange Revolution: 2004 Presidential Election(s) in Ukraine, in: Electoral Studies 25, 168-177.

Hesli, Vicki L., 2007: The 2006 Parliamentary Election in Ukraine, in: Electoral Studies 26, 501-505.

Höhmann, Hans-Hermann/Pleines, Heiko (Hrsg.), 2003: Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten. Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich. Bremen: Edition Temmen.

Hrycak, Alexandra, 2007: Gender and the Orange Revolution, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 23, 152-179.

Hutcheson, Derek S., 2003: Political Parties in the Russian Regions. London: RoutledgeCurzon.

Hutcheson, Derek S./Korostelev, Elena A., 2006: Patterns of Participation in Post-Soviet Politics, in: Comparative European Politics 4, 23-46.

Hyde, Matthew, 2001: Putin's Federal Reforms and their Implications for Presidential Power in Russia, in: Europe-Asia Studies 53, 719-743.

Ishiyama, John T./Kennedy, Ryan, 2001: Superpresidentialism and Political Party Development in Russia, Ukraine, Armenia and Kyrgyzstan, in: Europe-Asia Studies 53, 1177-1191.

Ju, Jin-Sook, 2005: Konstituierung der Programmatik russischer Parteien. Programmatische Differenzierung als Element der Parteibildung im post-sowjetischen Russland. Münster: LIT Verlag.

Klid, Bohdan, 2007: Rock, Pop and Politics in Ukraine's 2004 Presidential Campaign and Orange Revolution, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 23, 118-137.

Knox, Zoe/Lentini, Pete/Williams, Brad, 2006: Parties of Power and Russian Politics. A Victory of the State over Civil Society?, in: Problems of Post-Communism 53, 26-32.

Koltsova, Olessia, 2006: News Media and Power in Russia. London: RoutledgeCurzon.

Kowall, Tina, 2006: Leonid Kutschma und die Oligarchen. Vom Gewinnen und Verlieren der Macht, in: *Bos, Ellen/Helmerich, Antje* (Hrsg.), Zwischen Diktatur und Demokratie: Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa. Berlin: LIT Verlag, 117-133.

Kraatz, Susanne/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.), 2002: Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa. Opladen: Leske + Budrich.

Kryschtanowskaja, Olga, 2004*:* Anatomie der russischen Elite: die Militarisierung Russlands unter Putin. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Kryshtanovskaya, Olga/White, Stephen, 1996: From Soviet Nomenklature to Russian Elite, in: Europa-Asia Studies 48, 711-733.

Kusznir, Julia, 2005: Der Staat schlägt zurück. Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Jukos-Affäre, in: Osteuropa 55, 76-86.

Kusznir, Julia, 2007: Vertikale oder Dreieck der Macht? Konflikt und Kooperation zwischen Zentrum, Regionen und Wirtschaft in Russland 1992-2005. Stuttgart: Ibidem.

Kusznir, Julia/Pleines, Heiko, 2006: Informal Networks in Ukraine's Privatisation Auctions, in: KICES Working Papers 6, 37-51.

Kuzio, Taras, 2005: Ukraine's Orange Revolution. The Opposition's Road to Success, in: Journal of Democracy 16, 117–130.

Kuzio, Taras, 2006: Civil Society, Youth and Societal Mobilization in Democratic Revolutions in: Communist and Post-Communist Studies 39, 365-386.

Kuzio, Taras, 2007: Oligarchs, Tapes and Oranges: "Kuchmagate" to the Orange Revolution, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 23, 30-56.

Kyj, Myroslaw J., 2006: Internet Use in Ukraine's Orange Revolution, in: Business Horizons 49, 71-80.

Lane, David/Ross, Cameron, 1999: The Transition from Communism to Capitalism. Ruling Elites from Gorbachev to Yeltsin. New York: St. Martin's Press.

Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hrsg.), 1999: Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratien-Vergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ledeneva, Alena V., 2006: How Russia Really Works: The Informal Practices That Shaped Post-soviet Politics and Business. Ithaca: Cornell University Press.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A., 2002: The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy 13, 51-65.

Lewis, Paul G., 2000: Political parties in Post-communist Eastern Europe. London: Routledge.

Luchterhandt, Otto (Hrsg.), 2002: Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Luchterhandt, Otto, 2005: Rechtsnihilismus in Aktion. Der Jukos-Chodorkovskij-Prozeß in Moskau, in: Osteuropa 55, 7-37.

Marsh, Christopher/Albert, Helen/Warhola, James W., 2004: The Political Geography of Russia's 2004 Presidential Election, in: Eurasian Geography and Economics 45, 262-280.

Matsuzato, Kimitaka, 2001: All Kuchma's Men. The Reshuffling of Ukrainian Governors and the Presidential Election of 1999, in: Post-Soviet Geography and Economics 42, 416-439.

Matsuzato, Kimitaka, 2004: Authoritarian Transformations of the Mid-Volga National Republics: an Attempt at Macro-Regionology, in: The Journal of Communist Studies 20, 98-123.

McFaul, Michael/Aslund, Anders (Hrsg.), 2006: Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C./London: Carnegie Endowment for International Peace.

Meleshevich, Andrey A., 2007: Party Systems in Post-Soviet Countries: A Comparative Study of Political Institutionalization in the Baltic States, Russia, and Ukraine. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter, 2003: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter, 2006: Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Meyer, Gerd (Hrsg)., 2006: Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine. Opladen: Budrich.

Mommsen, Margareta, 2005: Einflussgruppen in der russischen Exekutive, in: *Höhmann, Hans-Hermann/Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning* (Hrsg.), Nur ein Ölboom? Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung. Münster: LIT Verlag, 169-184.

Moraski, Bryon, 2006: Elections by Design: Parties and Patronage in Russia's Regions. DeKalb/ Northern Illinois: Northern Illinois University Press.

Morgan-Jones, Edward/Schleiter, Petra, 2004: Governmental Change in a President-Parliamentary Regime: The Case of Russia 1994–2003, in: Post-Soviet Affairs 20, 132-164.

Myagkov, Mikhail/Ordeshook, Peter C./Shakin, Dimitry, 2005: Fraud or Fairytales: Russia and Ukraine's Electorial Experience, in: Post-Soviet Affairs 21, 91-132.

Nikolayenko, Olena, 2004: Press Freedom during the 1994 and 1999 Presidential Elections in Ukraine: a Reverse Wave?, in: Europe-Asia Studies 56, 661-686.

Nikolayenko, Olena, 2007: The Revolt of the Post-Soviet Generation: Youth Movements in Serbia, Georgia, and Ukraine, in: Comparative Politics 39, 169-188.

Nußberger, Angelika/Schmidt, Carmen (Hrsg.), 2005: Medienrecht und Meinungsfreiheit in Rußland. Berlin: Duncker & Humblot.

Nußberger, Angelika/Marenkov, Dmitrij, 2005: Quo vadis iustitia? Der Fall Chodorkovskij im Licht der Rechtsprechung zur Europäischen Menschenrechtskonvention, in: Osteuropa 55, 38-51.

O'Loughlin, John, 2001: The Regional Factor in Contemporary Ukrainian Politics. Scale, Place, Space, or Bogus Effect?, in: Post-Soviet Geography and Economics 42, 1-33.

Orttung, Robert W./Reddaway, Peter, 2002: Dynamics of Russian Politics: Putin's Federal-Regional Reforms. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Osipian, Ararat. L./Osipian, Alexandr L., 2006: Why Donbass Votes for Yanukovych: Confronting the Ukrainian Orange Revolution, in: Demokratizatsiya 14, 495-517.

Oversloot, Hans/Verheul, Ruben, 2006: Managing Democracy: Political Parties and the State in Russia, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 22, 383-405.

Pigenko, Vladimir/Wise, Charles R./Brown, Trevor L., 2002: Elite Attitudes and Democratic Stability: Analysing Legislators' Attitudes Towards the Separation of Powers in Ukraine, in: Europe-Asia Studies 54, 87-107.

Pleines, Heiko, 2003: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära. Münster: LIT Verlag.

Pleines, Heiko, 2008: Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Popova, Maria, 2006: Watchdogs or Attack Dogs? The Role of the Russian Courts and the Central Election Commission in the Resolution of Electoral Disputes, in: Europe-Asia Studies 58, 391-414.

Protsyk, Oleh, 2003: Troubled Semi-Presidentialism: Stability of the Constitutional System and Cabinet in Ukraine, in: Europe-Asia Studies 55, 1077-1095.

Protsyk, Oleh, 2004: Ruling with Decrees: Presidential Decree Making in Russia and Ukraine, in: Europe-Asia Studies 56, 637-660.

Protsyk, Oleh/Wilson, Andrew, 2003: Centre Politics in Russia and Ukraine: Patronage, Power and Virtuality, in: Party Politics 9, 703-729.

Puglisi, Rosaria, 2008: A Window to the World? Oligarchs and Foreign Policy in Ukraine. Chaillot Paper No. 108 (European Union Institute for Security Studies) [in Vorbereitung].

Remington, Thomas F., 2001: Putin and the Duma, in: Post-Soviet Affairs 17, 285-308.

Renz, Bettina, 2006: Putin's Militocracy? An Alternative Interpretation of Siloviki in Contemporary Russian Politics, in: Europe-Asia Studies 58, 903-924.

Ross, Cameron, 2003a: Putin's Federal Reforms and the Consolidation of Federalism in Russia: One Step Forward, Two Steps Back!, in: Communist and Post-Communist Studies 36, 29-47.

Ross, Cameron, 2003b: Federalism and Democratization in Post-Communist Russia. Manchester: Manchester University Press.

Rüb, Friedbert W., 2001: Schach dem Parlament! Regierungssysteme und Staatspräsidenten in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schröder, Hans-Henning, 2000: The Oligarchs. A Force to Reckon with?, in: *Harter, Stefanie/Easter, Gerald* (Hrsg.), Shaping the Economic Space in Russia. Aldershot: Ashgate, 50-64.

Schröder, Hans-Henning, 2002: Der Präsident und die Unternehmer. Zum Verhältnis von politischer Führung und Kapitalgruppen unter Putin, in: *Höhmann, Hans-Hermann/Fruchtmann, Jakob/ Pleines, Heiko* (Hrsg.), Das russische Steuersystem im Übergang. Bremen: Edition Temmen, 27-55.

Shevchenko, Julia, 2005: Easy Come, Easy Go. Ministerial Turnover in Russia 1990-2004, in: Europe-Asia Studies 57, 369-399.

Sharafutdinova, Gulnaz, 2007: Why was Democracy Lost in Russia's Regions? Lessons from Nizhnii Novgorod, in: Communist and Post-Communist Studies 40, 363-382

Slinko, I./Yakovlev, E./Zhuravskaya, E., 2005: Laws for sale: Evidence from Russia, in: American Law and Economics Review 7, 284-318.

Soederlund, Peter J., 2005: Electoral Success and Federal-level Influence of Russian Regional Executives, in: Europe-Asia Studies 57, 521-542.

Steen, Anton/Gel'man, Vladimir (Hrsg.), 2003: Elites and Democratic Development in Russia. London: Routledge.

Strasser, Florian, 2006: Zivilgesellschaftliche Einflüsse auf die Orange Revolution. Die gewaltlose Massenbewegung und die ukrainische Wahlkrise 2004. Stuttgart: Ibidem, Soviet & Post-Soviet Politics & Society 29.

Stykow, Petra, 2006: Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Symposium, 2006: Universal vs. Middle-Range Theory, in: APSA-CP Newsletter 17.2, 7-20.

Treisman, Daniel, 2007: Putin's Silovarchs, in: Orbis 51, 141-153.

Tucker, Joshua A., 2007: Enough! Electoral Fraud, Collective Action Problems, and Post-Communist Colored Revolutions, in: Perspectives on Politics 5, 535-553.

Way, Lucan, 2004: The Sources and Dynamics of Competitive Authoritarianism in Ukraine, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 20, 143-161.

Way, Lucan/Levitsky, *Steven,* 2006: The Dynamics of Autocratic Coercion after the Cold War, in: Communist and Post-Communist Studies 39, 387-410.

Whitmore, Sarah, 2004: State Building in the Ukraine: The Ukrainian Parliament, 1990–2003. London: Routledge.

Wiest, Margarete, 2003: Russlands schwacher Föderalismus und Parlamentarismus. Der Föderationsrat. Reihe: Osteuropa-Studien, Band 4. Münster/Hamburg/Berlin/London: LIT Verlag.

Wilson, Andrew, 2005: Virtual Politics. Faking Democracy in the Post-Soviet World. New Haven: Yale University Press.

Wilson, Andrew, 2006: Ukraine's Orange Revolution. New Haven: Yale University Press.

Wilson, Kenneth, 2006: Party-System Development Unter Putin, in: Post-Soviet Affairs 22, 314-348.

Yakovlev, Andrei, 2006: The Evolution of Business and State Interaction in Russia: From State Capture to Business Capture?, in: Europe-Asia Studies 58, 1033-1056.

Yatsunska, Olena, 2006: Mythmaking and Its Discontents in the 2004 Ukrainian Presidential Campaign, in: Demokratizatsiya 14, 519-534.

Zasurskii, Ivan, 2002: Media and Power in Post-Soviet Russia. New York: M.E. Sharpe.

Zimmer, Kerstin, 2005a: Klientelismus im neopatrimonialen Staat. Regionale Machtsicherung in der Ukraine, in: Osteuropa 55, 59-76.

Zimmer, Kerstin, 2005b: The Comparative Failure of Machine Politics, Administrative Resources and Fraud, in: Canadian Slavonic Papers 47, 361-384.

Zimmer, Kerstin, 2006: Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion. Münster/Hamburg/Berlin, London: LIT Verlag.